

Yvonne Magwas: Die Cannabislegalisierung ist verantwortungslos!

Die Ampel will morgen in 2./3. Lesung die Legalisierung von Cannabis beschließen. Cannabis soll künftig nicht mehr zu den verbotenen Substanzen nach dem Betäubungsmittelgesetz gehören, Besitz und Konsum bleiben unter bestimmten Bedingungen straffrei. Die Abgabe soll in sogenannten Cannabis-Clubs erfolgen. Warum Vizepräsidentin Yvonne Magwas MdB und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion das Gesetz ablehnen.

Was spricht gegen das Ampel-Vorhaben?

Die geplante Cannabislegalisierung ist **gesundheitlich politisch fatal und im höchsten Maße verantwortungslos**. Zugunsten einer kleinen Klientel, die seit Jahren lautstark auf die Legalisierung drängt, nimmt der so genannte „Bundesgesundheitsminister“ Karl Lauterbach und die gesamte Bundesregierung schwerwiegende gesundheitliche Folgeschäden billigend in Kauf. Zudem wurden im parlamentarischen Verfahren die wenigen **Schutzregelungen, etwa für Kinder und Jugendliche, nochmals verwässert**. So wurden zum Beispiel die Bannzonen um Schulen und Kitas verkleinert, die Freigrenzen heraufgesetzt und die Höhe der Bußgelder abgesenkt.

Welche Gründe sprechen gegen die Legalisierung von Cannabis?

Die Gründe für die Ablehnung der geplanten Cannabislegalisierung sind vielfältig: Sie reichen von **erheblichen Gesundheitsrisiken** – insbesondere für die Entwicklung Jugendlicher und junger Erwachsener – über völlig **irreale Hoffnungen der Befürworter**, den Schwarzmarkt austrocknen zu können, bis hin zu **vielen offenen oder zumindest mangelhaft beantworteten Fragen über** Folgewirkungen eines legalen Cannabiskonsums im Straßenverkehr oder am Arbeitsplatz. Die Gründe im einzelnen:

- Insbesondere **junge Menschen bis 25 Jahre** sind durch den Konsum von Cannabis besonders gefährdet, da bei ihnen die Entwicklung des Gehirns noch nicht abgeschlossen ist. Gedächtnis-, Lern- und Erinnerungsleistungen werden durch den Konsum von Cannabis ungünstig beeinflusst, Aufmerksamkeit, Denkleistung und Intelligenz leiden darunter.

- Bei vulnerablen Personen besteht darüber hinaus ein **Zusammenhang des Konsums von Cannabis mit depressiven Störungen, Suizidalität, bipolaren Störungen, Angsterkrankungen und Psychosen**. Unabhängig vom Alter haben regelmäßige Cannabiskonsumenten **häufiger Komplikationen und Schmerzen nach Operationen**, sie benötigen mehr Schmerzmittel.



- Internationale Erfahrungen belegen, dass eine **Legalisierung gerade bei jungen Menschen zu erhöhtem Konsum**, insgesamt zu mehr gesundheitlichen Schäden und zu einer verminderten Risikowahrnehmung führt.

Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite. >

- Das künftig vermehrte Rauchen von Joints wird einhergehen mit **mehr typischen Rauchererkrankungen wie etwa Lungenkrebs**.
- Das Ziel, den **Schwarzmarkt zurückzudrängen, wird mit diesem Gesetz nicht funktionieren**, da die Konsumenten den komplizierten Erwerb über die Cannabis-Clubs umgehen werden.



Apell an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages

- Die **geplante rückwirkende Straffreiheit** wird dazu führen, dass Staatsanwaltschaften und Gerichte eine Vielzahl von Entscheidungen der letzten Jahre im Betäubungsmittelbereich wieder aufheben müssen.
- **Viele weitere Fragen wie die Folgen des Cannabiskonsums im Straßenverkehr oder am Arbeitsplatz sind schlicht noch ungeklärt** oder zumindest wirklichkeitsfremd beantwortet.

Mit dieser Einschätzung sind wir nicht allein, zahlreiche Schreiben haben uns dazu in den letzten Monaten erreicht. Die führenden Verbände der Kinder- und Jugendmediziner, der Kinder- und Jugendpsychiater, die Bundesärztekammer, die Gewerkschaft der Polizei, der Bund Deutscher Kriminalbeamten, der Berufsverband der Lehrkräfte und Pädagogen sowie viele weitere Verbände haben sich mit dem eindringlichen Appell **„Aus Verantwortung zu unserem Land - die geplante Cannabislegalisierung stoppen“** an alle Abgeordnete des Deutschen Bundestages gewandt und diese aufgefordert, dem Gesetz nicht zuzustimmen.

- Die **strikte Trennung** von Cannabis im Eigenanbau im selben Haus oder derselben Wohnung mit Kindern und Jugendlichen ist **schlicht wirklichkeitsfremd**.
- Eine wirksame **Kontrolle** der oft kleinteiligen Auflagen und Regelungen durch Polizei- und Ordnungsbehörden wird faktisch nicht möglich sein, vielmehr entsteht ein **immenser Vollzugs- und Überwachungsaufwand**.
- Die hohen Freimengen stellen quasi eine **Blankovollmacht für jeden Dealer** dar.

Was wäre aus Unionssicht besser?

Uns ist bewusst, dass der Ist-Zustand beim Umgang mit Cannabiskonsum sicherlich nicht zufriedenstellend ist. Deshalb wollen wir auch kein „weiter so.“ Aber statt einer Cannabislegalisierung braucht es eine langfristig angelegte Präventionskampagne zum Schutz von Kindern und Jugendlichen und verstärkte Forschung auf dem Gebiet Medizinalcannabis zum Wohle der betroffenen Patientinnen und Patienten insbesondere im Palliativ-Bereich.